**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

**Band:** 27 (2001)

**Heft:** 3

**Artikel:** Europäische Integration : hatte der Neofunktionalismus doch recht?

**Autor:** Ziltener, Patrick

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-814131

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 21.08.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Swiss Journal of Sociology, 27 (3), 2001, 475–503 

# Europäische Integration: Hatte der Neofunktionalismus doch recht?

Patrick Ziltener*

## 1 Einleitung: Soziologie und Integrationstheorie

Aus soziologischer Sicht ist Integration ein multidimensionaler Prozess, in dem eine Reihe von Mechanismen und Kontextfaktoren berücksichtigt werden müssen. Das Problem, das sich einer solchen Perspektive stellt, ist von Zimmerling (1991, 93) zutreffend beschrieben worden, nämlich dass «von den modernen Integrationstheoretikern eine ständig wachsende Anzahl von unabhängigen Variablen ausgemacht [wurde], die vermutlich für den Verlauf von Integration (mit-)verantwortlich sind, ohne dass jedoch die kausalen Zusammenhänge zwischen diesen Variablen und der unabhängigen Variable ‹politische Integration› näher bestimmt wurde». Dies wird sich erst dann ändern, wenn Integrationsprozesse wieder zu Objekten theoretisch ambitiöser sozialwissenschaftlicher Debatten werden. Der vorliegende Artikel möchte einen Anstoss dazu liefern, dass sich die soziologische Theorie und Forschung dessen wieder vermehrt annimmt. Einer soziologischen Perspektive könnte bei der anstehenden Weiterentwicklung der Integrationstheorie eine wichtige Funktion zukommen.

Die Soziologie im deutschsprachigen Raum hat vergleichsweise spät begonnen, sich mit dem europäischen Integrationsprozess zu beschäftigen; der analytische Primat der (nationalen) Gesellschaft und des Nationalstaates war in der Nachkriegszeit in der Soziologie kaum bestritten. Unter «Europa» wurden lange ausschliesslich die westeuropäischen Gesellschaften subsumiert, und «internationale» Soziologie blieb überwiegend komparativ. Fragen der «europäischen gesellschaftlichen Gemeinsamkeiten», der innereuropäischen Konvergenz oder Divergenz (national)gesellschaftlicher Entwicklungen rückten erst im Verlaufe der 80er Jahre in den Vordergrund. Anfang der 90er Jahre wurde die Frage aufgeworfen, warum die Soziologie sich nicht längst bemüht habe, zwischen der (nationalen) Gesellschaft und der «Weltgesellschaft» den Begriff «Europa» anzusiedeln.[1] Lepsius forderte am 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt a. M. zur soziologischen Analyse der «Entstehung und Funktion von supranationalen Steuerungsebenen»

* Soziologisches Institut der Universität Zürich, Rämistr. 69, CH – 8001 Zürich, e-mail: zaibat@soziologie.unizh.ch.

1 Schäfers (1991). Zu den historischen «Wurzeln» eines soziologischen Europabegriffes siehe ebd. und Therborn (1999).

auf, als notwendiger Ergänzung der vergleichenden Erforschung der Struktur und Entwicklung der westeuropäischen Nationalstaaten.[2]

Aus soziologischer Sicht ist der Integrationsprozess als «europäische Staatsbildung» ein durch eine Vielzahl von Asymmetrien und Asynchronitäten charakterisierter Prozess. Die meisten soziologischen Beiträge orientierten sich an der Frage, ob und inwieweit von europäischer Gesellschaftsbildung als Voraussetzung oder notwendigem Parallelprozess für die europäische Integration gesprochen werden sollte. Vielfach ist auf die Unterscheidung *soziale/systemische Integration* Bezug genommen worden. Nach Buchmann (1999) hinkt die Entwicklung einer europäischen politischen Kultur, eines Gemeinschaftssinnes und einer kulturellen Identität weit hinter den Prozessen systemischer Integration hinterher. Inzwischen findet auch die Frage, ob gesellschaftliche Veränderungen in den europäischen Gesellschaften als *Folge* der europäischen Integration analysiert werden müssen, mehr (soziologische) Aufmerksamkeit. Die Thesen Schäfers' (1999) zur Analyse der «Europäisierung der Sozialstrukturen» (verstanden als «Gesamtheit aller Prozesse, die zu Veränderungen führen, weil es die Bezugsebene Europa gibt») erschliessen Neuland.[3] Nach den Herausgebern des Bandes *European Societies: Fusion or Fission?* führt die fortschreitende Systemintegration auf europäischer Ebene (in West- wie Osteuropa) zu neuen Formen des sozialen Ausschlusses und der Marginalisierung, und damit zu abnehmender sozialer Integration in den betroffenen Gesellschaften (Boje [u. a.], 1999, 3).

Selten jedoch ist die «Entstehung von supranationalen Steuerungsebenen», also die Mechanismen politischer Integration, auch direkt zum Gegenstand soziologischer Forschung und Theoriebildung gemacht worden. Im deutschsprachigen Raum ist vor allem Bach zu nennen, der mit der These des bürokratischen Charakters des Integrationsprozesses in der Kern dieser Debatte gestossen ist.[4] Danach sind wir konfrontiert mit einem «epochalen Prozess einer technokratischen Regimebildung», getragen von einer «expertokratischen Funktionselite»(Bach, 1999).

---

2 Nach Lepsius (1991a, 309) ist das Neue an der EU die «Herausbildung einer neuen Bezugsebene» im Sinne einer «die einzelnen Staaten übergreifenden Entscheidungs- und Steuerungsebene, die bestimmte Teilbereiche aus der Kompetenz der Staaten herauslöst und auf eine eigenständige Ebene überträgt».

3 Die Auswirkungen der europäischen Integration als einem Teilprozess wirtschaftlicher Internationalisierung auf die nationalstaatlich verfasste Demokratie werden aus unterschiedlichen Perspektiven thematisiert in den Beiträgen in Streeck , Hrsg., (1998). Eine Evaluierung des Forschungsstandes zur Frage der wirtschaftlichen Effekte der europäischen Integration war Ziel einer Publikation des Autors (Ziltener, 2001).

4 Aus einer Weberianischen herrschaftssoziologischen Perspektive begründet er diese wie folgt: «Die hohe institutionelle Verdichtung von normativen und funktionalen Regelungskompetenzen im Verwaltungsapparat der Kommission verleiht dem Prozess der politischen Programmentwicklung und administrativen Problemverarbeitung einen hochgradig bürokratiebestimmten Charakter.» (Bach, 1999, 13).

Aufgabe der Soziologie wäre es, eine *allgemeine Integrationstheorie* zu bilden, die den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Prozessen (ökonomischen, politischen, kulturellen, auf nationaler, subnationaler und globaler Ebene) und der Genese politischer Institutionen und Programme auf regionaler (in diesem Fall europäischer) Ebene sowie deren Rückwirkungen auf diese Prozesse aufzeigen kann. Unter *(politischer) Integration* soll der Prozess der Genese von Institutionen und politischen Programmen auf supranationaler Ebene, die Herausbildung einer neuen politischen «Bezugsebene» verstanden werden. *Integrationstheorie* sind theoretische Aussagen über die den Integrationsprozess befördernden oder behindernden Mechanismen und Kontextfaktoren, über Bedingungen, Triebkräfte, Verlaufsformen und Widersprüche des Integrationsprozesses, über die (Rück-)Wirkungen auf die anderen gesellschaftlichen Ebenen, Prozesse und Räume. Auch wenn der europäische Integrationsprozess – sowohl was die historischen Entstehungsbedingungen als auch was den Entwicklungsstand betrifft – als einzigartig bezeichnet werden darf, so müsste langfristig das Ziel einer soziologischen Analyse doch die Formulierung einer *allgemeinen* Integrationstheorie sein, falsifizierbar durch die Analyse bestimmter historischer Integrationsprozesse in verschiedenen Weltregionen.

Eine Theoriebildung dieser Art strebte die neofunktionalistische Integrationstheorie an, bis in die 70er Jahren hinein der dominante wissenschaftliche Ansatz zur Analyse von Integrationsprozessen. Soziologen nahmen daran Anteil, und die Soziologie als Fach spielte dabei eine grosse Rolle. Im Gefolge der Krise der europäischen Integration in den 70er Jahre wurde das «Unternehmen» weitgehend abgebrochen. Seither dominierten integrationstheoretische Ansätze, die auf Theorien aus dem Bereich der Lehre der *Internationalen Beziehungen* stammen, und eine fast ausschliessliche Zuständigkeit der Politikwissenschaft etablierte sich. Mit dem Integrationsschub der 80er und 90er Jahre in Westeuropa wurde eine Reihe von integrationstheoretischen Fragestellungen des neofunktionalistischen Ansatzes wieder belebt, so dass von einer «Renaissance» gesprochen worden ist (Gabriel, 2000). Im Interesse dieser Debatte und im Sinne einer (Wieder-)Heranführung dieser Forschung an die Soziologie sollen im Folgenden die zentralen integrationstheoretischen Thesen und Argumente rekonstruiert werden. Diese werden konfrontiert mit empirischen Forschungsergebnissen aus der Analyse des Integrationsprozesses der letzten zwanzig Jahre. Mit diesem Verfahren sollen die Lücken in den bestehenden integrationstheoretischen Ansätzen verortet werden. Ziel des Artikels ist es, diejenigen theoretischen Argumente «herauszufiltern» und zu identifizieren, die in eine neu zu begründende allgemeine Integrationstheorie einfliessen könnten.

Der überwiegende Teil dieser Forschungsergebnisse entstammt einem Forschungsprojekt über die Genese der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) und der Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses bis zur Maastrichter

Regierungskonferenz (1991)[5]; darüber hinaus werden aber auch integrationstheoretisch relevante Argumente aus der weiteren empirischen Integrationsforschung herangezogen. Die EEA von 1985, die erste Änderung und Erweiterung der Gründungsverträge der EU, stellte den entscheidenden Durchbruch des erneuerten Integrationsprozesses dar, woraus ihr in der integrationstheoretischen Debatte ein besonderer Stellenwert erwächst. Schmitter (1996, 4), Mitbegründer der neofunktionalistischen Integrationstheorie, kam zum Urteil, dass die Unterzeichnung der EEA selber nicht als Beispiel eines typischen *spill over*-Effektes gelten könne, dass die der EEA folgende Integrationsdynamik aber vielen neofunktionalistischen Hypothesen neue Plausibilität verliehen habe.[6]

## 2 Zur Kritik an der neofunktionalistischen Integrationstheorie

Ziel der neofunktionalistischen Ansatzes war die Formulierung einer allgemeinen Integrationstheorie, anwendbar auf alle Prozesse in verschiedenen Weltgegenden, insbesondere aber in Westeuropa und Lateinamerika.[7] Die forschungsleitenden Thesen können wie folgt zusammengefasst werden:

- Staaten sind nicht mehr die einzigen relevanten Akteure im regionalen resp. internationalen System, vielleicht nicht einmal mehr die dominanten. Die

5 Ein vom Schweizerischen Nationalfonds gefördertes Projekt, «Die Genese der Einheitlichen Europäischen Akte. Eine Untersuchung aus dem Blickwinkel des Wettbewerbs in der politischen Weltökonomie und des Wechsels von Gesellschaftsmodellen» (Projekt 1214–411988.94), am Soziologischen Institut der Universität Zürich, unter der Leitung von Prof. V. Bornschier, 1995–1997.

6 Vgl. auch Swann (1996); für ihn bedeutet *spill over* die «expansive logic», die die Dynamik nach der EEA zur Folge hatte.

7 Siehe vor allem Haas (1958, 1964); Lindberg (1963); Schmitter (1969); Lindberg und Scheingold (1970) sowie die Beiträge in Lindberg und Scheingold, Hrsg., (1971). Zum Theoriehintergrund siehe Nye (1971); Frankenfeld (1991, 125 ff.). Der Neofunktionalismus schreibt sich ein in die politische Gestaltung der Weltregionen unter US-Hegemonie nach 1945. Ähnlich der Modernisierungstheorie gibt sie sich normativ, aber «unpolitisch»: es geht ihr um die friedliche Schaffung neuer Typen menschlicher Gemeinschaften auf hohem Organisationsniveau: «The main reason for studying regional integration is thus normative: The units and actions studied provide a living laboratory for observing the peaceful creation of possible new types of human communities at a very high level of organization and of the processes which may lead to such conditions.» (Haas, 1971, 4). Für Nye (1971, 197 f.) hängt die neofunktionalistische Theorie eng mit ihrer Entstehungszeit zusammen – «when many observers were noting the bureaucratization of politics, the decline of ideology, and the growing concern for welfare», «when foreign policies were held more closely in the vise of cold-war bipolarity». Integrationsfunktionen sollten möglichst in die Hände von Experten und/oder freiwilligen Trägern gelegt werden, um die Loyalität in den Bevölkerungen wachsen zu lassen (Haas, 1964, 48 ff.). In diesem Sinne betonten die Funktionalisten auch die Notwendigkeit einer von den nationalen Verwaltungen unabhängigen europäischen Verwaltung. Vgl. Gabriel (2000, 159), der den Neofunktionalismus als «Kombination *empirischer* und *normativer* Elemente» beschreibt und seine «weltanschauliche Seite» als «linksliberal» bezeichnet.

integrationsrelevanten Akteure sind plural und divers; sie umfassen supranationale Akteure und verschiedene Interessengruppen, deren Einfluss und Ressourcen eng mit der Entwicklung des Integrationsprozesses zusammenhängen.
- Interessen sind die Triebkräfte des Integrationsprozesses, nicht gemeinsame Ideale oder eine gemeinsame Identität.
- Integrationsentscheide kommen unter Bedingungen unvollständiger Information zustande, und damit auch in Unkenntnis resp. Unsicherheit, was die Zielerfüllung und mögliche nichtintendierte Folgen betrifft
- Integration findet zuerst in weniger umstrittenen Politikbereichen statt; funktionale Interdependenz führt zu Integrationsdruck in anderen Bereichen (*engrenage*).
- Politische Integrationsstrategien sind konvergent, nicht identisch; dies impliziert, dass Effekte der Integration unterschiedlich bewertet werden und zu neuen Strategien und Akteursbündnissen führen.
- Die faktischen Ergebnisse politischer Integration lassen sich nicht auf die ursprünglichen Vertragsziele reduzieren (Schmitter, 1996).

Die *Initiierung* eines Integrationsprozesses ist ausserhalb des analytischen Fokus' der neofunktionalistischen Integrationstheorie; es handelt sich um eine komplexe Theorie der weiterführenden Dynamik solcher Prozesse. Zentrale These ist, dass zunehmende internationale Interdependenz und ein zunehmender Integrationsgrad infolge von *spillover*-Effekten weitere Integrationsschritte bewirken:

«Tensions from the global environment and/or contradictions generated by past performance give rise to unexpected performance in the pursuit of agreed-upon common objectives. These frustrations and/or dissatisfactions are likely to result in the search for alternative means for reaching the same goals, i. e., to induce actors to revise their respective strategies vis-à-vis the scope and level of regional decisionmaking.» (Schmitter, 1971, 243)

Der Schaffung eines gemeinsamen Marktes wurde von allen möglichen Bereichen und Massnahmen die grösste Wirkung in Richtung einer Vertiefung der Integration, die Maximierung des *spillover*-Effektes zugeschrieben (Haas, 1971, 12). Der für den Neofunktionalismus zentrale Gedanke einer expansiven Logik sektoraler Integration hat angesichts der diskontinuierlichen, von Krisenphasen durchzogenen Entwicklung der EU viel Kritik geerntet, die aber häufig der Komplexität des Arguments nicht Rechnung getragen hat. Beispielsweise gab es einen gewissen Integrationsdruck in Richtung fixer Wechselkurse aufgrund einer innergemeinschaftlichen Preis- und Einkommensausgleich anstrebenden gemeinschaftlichen Agrarpolitik. Dass Akteure nicht – oder nicht mit der Schaffung supranationaler Politiken auf solche *spillover pressures* reagiert haben, ist aus neofunktionalistischer Sicht im Raum möglicher Strategien immer berücksichtigt worden.

Der *spillover*-Mechanismus ist, entgegen weit verbreiteter Kritik, in der neofunktionalistischen Theorie nie als konfliktfreier «Automatismus» verstanden worden. Vielmehr wurde der fortschreitende Integrationsprozess als mit Politisierung (*politicization*) verbunden verstanden, mit zunehmenden Konflikten infolge des Einbezugs umstrittener Politikbereiche und einer wachsenden Anzahl von Akteuren, ein Prozess, den wir in der EU nach der Maastrichter Regierungskonferenz von 1991 beobachten konnten oder gegenwärtig in der Folge der Liberalisierung der internationalen Handels- und Investitionsregime. Auch berücksichtigte das neofunktionalistische Modell, zumindest in der Schmitterschen Variante, immer systematisch die Handlungsmöglichkeiten von Akteuren, die nicht dem *spillover*-Mechanismus folgen, unter anderen die folgenden: *Spill back*, die Möglichkeit der Zurücknahme von Integration, sowohl was die Politikbereiche als auch was die Zuständigkeiten der supranationalen Akteure betrifft; *spill around*, die Integration von Politikbereichen bei gleich bleibenden Kompetenzen der supranationalen Institutionen; *encapsulate*, die Möglichkeit, auf Krisen mit marginalen Veränderungen innerhalb der Indifferenzzone zu reagieren (Schmitter, 1971).[8] Dazu identifiziert Schmitter vier Widersprüche, die im Verlaufe eines Integrationsprozesses auftreten können:

1 Unsicherheit in der Garantierung einer relativen Gleichverteilung von (wahrgenommenen) Kosten und Nutzen der wirtschaftlichen Integration (*equity*),
2 Unmöglichkeit, die Trennung verschiedener Politikbereiche in einem zunehmend verflochtenen, komplexen politischen System aufrechtzuerhalten (*engrenage*),
3 Schwierigkeiten, regionale Integration abzuschirmen in einem Kontext sozioökonomischer Abhängigkeit (*externalization*),
4 verstärkte Wahrnehmung der (ökonomischen und politischen) «Performance» von Integrationspartnerländern aufgrund vermehrten Austausches und besserer Information (*envy*).

Nye (1971, 199 ff.) unterscheidet Integrationsmechanismen danach, ob sie sich aus dem Wirken des Liberalisierungsprozesses, d. h. der Marktschaffung, oder infolge der Schaffung einer regionalen Wirtschaftsorganisation ergeben. Zu den ersteren gehören neben dem *spillover*-Effekt ein allgemeines Ansteigen der (ökonomischen, politischen, kulturellen) Transaktionen, die politisch-ideologische, funktional nicht zwingende Verbindung von Massnahmen zu Paketlösungen (*deliberate linkages and coalitions*), die Herausbildung von wirtschaftlichen *pressure groups*, im Verlaufe des Prozesses zunehmend auf supranationaler Ebene. Zu den letzteren zählt er den zunehmenden Einbezug externer Akteure, die Herausbildung einer regionalen Ideologie und die Intensivierung einer regionalen Identität

8 Letzterer Strategie schrieb Schmitter (1971, 242) sogar die grösste Wahrscheinlichkeit zu.

sowie eine entsprechende «Elitensozialisierung». Bei letzterem hatte er vor allem Beamte aus den nationalen Bürokratien im Auge.

Das *spillover*-Konzept wird in der neueren Integrationsforschung nach wie vor verwendet, allerdings in aufschlussreichen Reformulierungen.[9] So diskutiert z. B. Marks (1992, 198) den Ausbau der EU-Strukturfonds im Verlaufe der 80er und 90er Jahre als «*forced spill over*, in which the prospect of a breakthrough in one arena created intense pressure for innovation in others»; für Anderson (1995, 142) waren es die *antizipierten* räumlichen Effekte des Binnenmarktes, die dazu führten. Denn es stellt sich oft das gleiche grundsätzliche Problem: Es sind nicht einmal in Gang gesetzte Prozesse, die zu Massnahmen in anderen Bereichen führen, sondern oft *gleichzeitige und miteinander verbundene Entwicklungen* in mehreren Bereichen. Dies entspricht am ehesten den von Nye diskutierten *deliberate linkages*. Im Rahmen von Paketlösungen (vgl. Abschnitt 3.1) werden regelmässig auch Politiken eingeführt respektive erweitert, die als unerwünscht eingeschätzte Auswirkungen antizipieren. Damit geht es aber nicht mehr um im zeitlichen Ablauf wirksam werdende Mechanismen, sondern um die politische Argumentation der involvierten Akteure, bei ihren «Integrationsprojekten» (vgl. Abschnitt 3.1). Es hängt von deren ordnungspolitischer Grundorientierung ab, ob und welche Korrekturmassnahmen die Schaffung eines gemeinsamen Marktes begleiten und auf welcher staatlichen Ebene diese verankert werden sollen. Es ist eine Frage politischer Interessen, ob z. B. Steuerharmonisierung, sozialpolitische Regulierungen oder eine Währungsunion – oder regulatorischer Systemwettbewerb zu einem europäischen Binnenmarkt «gehören».

Als Hauptschwäche der älteren neofunktionalistischen Integrationstheorie wird, inzwischen auch von Mitbegründern[10], das Ausblenden *exogener Faktoren* bezeichnet (vgl. George, 1996, 57 ff., 281 ff.). Haas (1971, 4) betonte für den Fall des europäischen Integrationsprozesses das Fehlen eines *federalizer* oder eines *catalytic agent*, worunter er eine kolonialisierende Elite, einen militärischen Eroberer oder einen hegemonieanstrebenden Staat verstand. Zur Nichtberücksichtigung der politischen Faktoren nationale Souveränität, militärische Macht und internationale Allianzen[11] kam die fast völlige Vernachlässigung der globalen wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse. Aus weltsystemtheoretischer Sicht ist die Bedeutung exogener Faktoren für Integrationsprozesse belegt worden (Bornschier, 1999, 2000; Ziltener, 2000d). Der weltwirtschaftliche Konkurrenz-

9 George unterscheidet zwischen funktionalen *spillovers* und politischen *spillovers*; er hält ersteres für ein valides, letzteres für ein revisionsbedürftiges Konzept (George, 1991, 33 und 227); vgl. auch Keohane und Hoffmann (1990, 277 und 285 f.).

10 Schmitter (1996, 13) schreibt rückblickend exogenen Faktoren bei der Erklärung der Integrationskrise ab Mitte der 70er Jahre mehr Erklärungskraft zu als den vom Neofunktionalismus postulierten endogenen Integrationsmechanismen.

11 «The study of regional integration is concerned with tasks, transactions, perceptions, and learning, not with sovereignty, military capability, and balances of power.» Haas (1971, 4).

druck ist als Kausalfaktor für den Integrationsschub der 80er Jahre breit akzeptiert (vgl. Cameron, 1992), aber allgemein integrationstheoretisch ist er bisher nicht angemessen verarbeitet worden.

## 3 Mechanismen politischer Integration

> *«Der Aufbau Europas wurde lange Zeit in nahezu geheimer Diplomatie vorangetrieben, abgeschottet von der öffentlichen Meinung in den Mitgliedstaaten. Es war die Methode der Gründerväter der Gemeinschaft, eine Art aufgeklärtes Despotentum. Kompetenz und geistige Unabhängigkeit wurden als ausreichende Legitimation zum Handeln, die Zustimmung der Bevölkerung im nachhinein als ausreichend erachtet. Das Erfolgsgeheimnis bestand darin, eine nach innen gerichtete Dynamik zu erzeugen, Integrationswiderstände durch Bündelung verschiedener wirtschaftlicher Interessen auszuräumen und Entscheidungen über umfassende Verhandhungspakete herbeizuführen.» (Jacques Delors (1993, 3), Präsident der EU-Kommission 1985–1994).*

### 3.1 Regierungskonferenzen: Nationale Akteure in einem politischen Mehrebenensystem

Eine zentrale Schwäche der neofunktionalistischen Integrationstheorie ist die Vernachlässigung der Bedingungen der Initiierung von Integrationsprozessen, was eine Unterschätzung der Funktion der nationalen Regierungen zur Folge hatte. Politische Integration kommt zustande durch die Aushandlung und die Unterzeichnung von Verträgen zwischen Regierungen. Die europäische Integration wurde, wenn man von «Vorläufervereinbarungen» wie der Zollunion der Benelux-Länder von 1948 einmal absieht, in den 50er Jahren durch die Verträge über die Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) begründet. Supranationale Institutionen wurden damit gegründet, ihre Kompetenzen und Funktionen darin definiert. Nach wie vor sind die nationalen Regierungen die «Herren der Verträge», sie haben die stärkste Position im europäischen politischen System inne, und sie werden diese Position in absehbarer Zukunft nicht aufgeben. Darauf baut die Argumentation der *neorealistischen Integrationstheorie* auf. Die Auseinandersetzung mit diesem Ansatz in diesem Teilabschnitt soll klären, ob dieser eine Alternative zur neofunktionalistischen Integrationstheorie darstellt.

Die grundlegenden integrationstheoretischen Annahmen der neorealistische Theorie stammen aus der Analyse internationaler Regime und wurden auf die Analyse der europäischen Integration übertragen. Moravcsik (1991, 25; vgl. 1993)

nennt drei forschungsleitende Grundannahmen: Intergouvernementalismus, Verhandlungen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hin (*lowest-common-denominator bargaining)* und Schutz der Souveränität (*protection of sovereignty).* Mit dem Begriff des Intergouvernementalismus wird die Ausrichtung auf die nationalen Regierungen als einzige wichtige Akteure ausgedrückt. Dem Schutz der Souveränität gilt laut neorealistischer Theorie das Hauptinteresse nationaler Regierungen. Aus diesen beiden Annahmen folgt die Sicht der europäischen Integration als dem Ergebnis von intergouvernementalen Verhandlungen zwischen nationalen Regierungen, bei denen immer nur der kleinste gemeinsame Nenner herauskommen kann.

Kernproblem des Neorealismus ist die Frage, wieso es überhaupt zu Integrationsprozessen kommt: «Why would sovereign governments in an anarchic international system choose to delegate decision making-power rather than make decisions themselves?» (Moravcsik, 1998, 68). Die Antwort ist eine handlungsstrategische: Das Zusammenlegen von Souveränität (*pooling*) und die Delegation von Autorität an supranationale Institutionen soll die Glaubwürdigkeit der geplanten Kooperation erhöhen und die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Verpflichtungen garantieren:

«Pooling and delegation are (...) «two-level» strategies designed to precommit governments to a stream of future decisions by removing them from the unilateral control of individual governments. By pooling or delegating the right to propose, legislate, implement, interprete, and enforce agreements, governments restructure future domestic incentives, encouraging future cooperation by raising cost of nondecision or noncompliance. Governments are likely to accept pooling or delegation as a means to assure that the other governments will accept agreed legislation and enforcement, to signal their own credibility, or to lock in future decisions against domestic opposition.» (Moravcsik, 1998, 73, vgl. 486)

Belegt werden die neorealistischen Thesen fast ausschliesslich durch Analysen von Regierungskonferenzen, die zu Vertragsunterzeichnungen respektive – erweiterungen führten (Moravcsik, 1998, 1999). Diese Beschränkung des analytischen Fokus' ist der Hauptgrund für die Kohärenz der neorealistischen Position. Eine Reihe von integrationstheoretischen Argumenten und empirischen Befunden kann dagegen geltend gemacht werden; zunächst soll in diesem Abschnitt der Blick auf das «Terrain des Neorealismus» verengt bleiben. Folgende Aspekte können für politische Integration als zentral definiert werden: die Elemente von Staatlichkeit auf europäischer Ebene und ihr Einfluss auf die Definition «nationaler Interessen», die Bedingungen der Konstituierung von «Paketlösungen» auf der Basis von Integrationsprojekten (politische Unternehmerschaft, nichthegemoniale Kooperation, relative Konvergenz, Bezug auf europäische Ebene).

Unbestreitbar ist die Prämisse, dass jede Regierung versucht, ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass das Ergebnis von Regierungskonferenzen

so nahe wie möglich bei den eigenen politischen Präferenzen liegt. Allerdings kann daraus nicht abgeleitet werden, dass Politik auf europäischer Ebene insgesamt die Verlängerung der Innenpolitik der involvierten Staaten mit anderen Mitteln ist.[12] Auch wenn sie in wichtigen Bereichen vom intergouvernementalen Prinzip dominiert ist, hat die EU doch die Stufe eigentlicher Staatlichkeit erreicht.[13] Kriterien dafür sind:

- die Ausbildung handlungsfähiger Akteure (insbesondere die Kommission mit ihrem vertraglich verankerten Initiativmonopol und ihren Prozesssteuerungskompetenzen),
- die selbständige Rechtsordnung ohne Bindung an die nationalen Rechts- und Verfassungsorgane (die unmittelbare Geltung des Europarechts, der Zwang seiner Umsetzung in den Mitgliedstaaten),
- die Organisation eigener Haushaltsmittel,
- die Entwicklung supranationaler Interessenvermittlungsstrukturen und damit tendenziell eines eigenen Legitimationsmodus'.

Politische Regulierung und die Redistribution von Ressourcen in Europa findet unter Einschluss europäischer Institutionen und Verfahren statt. Die Logik einer Politik auf mehreren Ebenen (mit den genannten supranationalen Elementen) hat das Modell des Intergouvernementalismus längst unterlaufen. Mit dem in der Politikwissenschaft inzwischen verbreiteten Begriff des *Mehrebenensystems*[14] wird «die – relative – Eigenständigkeit der Europapolitik, aber auch ihre Begrenzung durch die Souveränität der Mitgliedstaaten», die «Einbindung der mitgliedstaatlichen Politik in ein zunehmend dichter werdendes und hochgradig verrechtlichtes institutionelles Netz, insbesondere die Prägung der europäischen Integration durch die spezifisch nationalstaatliche Institutionenordnung der Mitgliedstaaten» (König [u. a.], 1996, 15) beschrieben.[15]

12 «Each government views the EC through the lens of its own policy preferences; EC politics is the continuation of domestic policies with other means.» (Moravcsik, 1991, 25). Vgl. dazu die Kritik von Garrett und Tesebelis; sie kommen zum Schluss, dass die auf die Entscheidungsprozesse im Rat konzentrierte Perspektive generell gerechtfertigt war während der Periode des Luxemburger Kompromisses, heute nur noch für einige Politikbereiche relevant: «But in these cases, studies should not concentrate on voting weights but on the preferences of member governments and the ability of countries opposed to integration either to block reforms or extract high prices for their acquiescence.» (Garrett und Tesebelis, 1996, 293).

13 Vgl. Schmitter (1991); Kaelble (1993, 198 ff.); von Bogdandy (1993); Bach (1999, 152 ff.).

14 Vgl. inbes. Scharpf (1994), Kohler-Koch und Jachtenfuchs (1996) und die Beiträge in König [u. a.], Hrsg., (1996), Hooghe, Hrsg., (1996), Leibfried und Pierson, Hrsg., (1998), Grande und Jachtenfuchs, Hrsg., (2000).

15 Der überwiegende Teil der Literatur zum europäischen Mehrebenensystem versteht die Begriffsbildung zwar als Abkehr von den dominierenden integrationstheoretischen Ansätzen (König [u. a.], Hrsg., 1996, 15), aber eher als «Ausdruck einer konzeptionellen Orientierung als ein bereits entwickeltes Analysemodell» (Kohler-Koch und Jachtenfuchs, 1996, 543). Scharpf (2000) hingegen schlägt unter dem Begriff ein vollständige Aufgabe der Versuche vor, die komplexe Realität der europäischen Politik jeweils im Ganzen durch «holistische Begriffe» zu

«Nationale Interessen» werden im Kontext der europäischen Integration definiert. Die europäischen Institutionen und Programme sind integraler Teil der Interessenkalkulation für Regierungen (genauso wie für nationale und transnationale Interessengruppen) geworden (vgl. Sandholtz, 1993, 3). Auch in nicht vergemeinschafteten Bereichen sind die Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten aufgrund ihrer EU-Mitgliedschaft zunehmend «kanalisiert» und eingebettet in ein dichtes Netz rechtlicher und institutioneller Vorgaben; und das, zumindest in den Kernzonen der EU, im Vergleich mit internationalen Regimen Òı unvergleichlich grösserem, inzwischen kaum mehr umkehrbarem Mass (vgl. Cameron, 1992, 36 ff.; Scharpf, 1996). Deshalb stellt sich die Frage der Bewahrung nationaler Souveränität, wie sie der Neorealismus betont, für die Mitgliedstaaten der EU anders. Nur scheinbar paradox ist die Tatsache, dass mit der Aufgabe von (formaler) Souveränität in der Einschätzung politischer Akteure die Chance besteht, reale Souveränität wenigstens teilweise wiederzuerlangen. Nur so kann beispielsweise das starke, bis in die frühen 80er Jahre zurückreichende Interesse Frankreichs an einer europäischen Währungsunion erklärt werden. Die deutsche Aussenpolitik der Nachkriegszeit unterlag historisch bedingten Restriktionen, die den neorealistischen Annahmen zumindest teilweise entgegenstehen. Gerade die Analyse solcher historisch bedingter Kontextfaktoren ist aber entscheidend, um die Integrationsprojekte von nationalen Regierungen (wie von trans- und supranationalen Akteuren) zu verstehen. Als *Integrationsprojekt* eines Akteurs sollen dessen normative Vorstellungen über die anzustrebenden Ziele des europäischen Integrationsprozesses und die notwendigen, wünsch- und anwendbaren Mittel zur Zielerreichung verstanden werden. Integrationsprojekte können sich ändern, nicht nur, wie im Falle der Mitgliedstaaten, bei Regierungswechsel, sondern auch infolge der Veränderung ordnungspolitischer Präferenzen, Verschiebungen in der zugrunde liegenden Interessenstruktur, Erfahrungen aus strategischem Verhalten, verändertem Aussendruck und/oder veränderter Rezeption dieses Druckes etc.

Vertragsunterzeichnungen respektive -erweiterungen als Ergebnisse von Regierungskonferenzen werden am sinnvollsten als den politischen Kräfteverhältnissen entsprechende Resultante der involvierten Integrationsprojekte verstanden. Sie sind Paketlösungen (*package deals*), wie von Delors im Eingangszitat zu diesem Abschnitt erwähnt. Typische Entstehungsbedingungen für Paketlösungen sind Verhandlungssysteme mit pluralistischer Interessenstruktur, in der mehrere, bezüglich Ressourcenausstattung mehr oder weniger gleich starke Akteure agieren. Allerdings kann es Paketlösungen nur geben, wenn die Akteure über einen gewissen politischen Handlungsspielraum verfügen; ist dieser gering, wird das

---

fassen. An die Stelle einer «unergiebigen Konkurrenz zwischen umstrittenen Generalkonzepten» soll die Modellierung der grundlegenden «Typen von Mehrebeneninteraktionen» auf einer mittleren Theorie-Ebene treten.

Ergebnis tendenziell dem kleinsten gemeinsamen Nenner entsprechen (vgl. Schmitter, 1971, 249). Eine Reihe von Bedingungen muss erfüllt sein, damit ein verabschiedungsfähiges Verhandlungspaket konstituiert werden kann:

- Die Integrationsprojekte der involvierten Akteure müssen zuerst einmal überhaupt gemeinsame Elemente haben, die den Kern eines solchen Paketes bilden können. Dies setzt relativ konvergente ordnungspolitische Orientierungen voraus.
- Es braucht einen Akteur, der nicht nur Initiativen vorschlägt, sondern auch die strategische Bündelung und die Vermittlung von Interessen vornimmt und mehrheitsfähige Kompromissformulierungen erarbeitet (*politische Unternehmerschaft*). Hinter einem durchsetzungsfähigen Paket muss ein Bündnis mehrerer Akteure stehen (*nichthegemoniale Kooperation*).
- Institutionalisierte und / oder informelle Verfahren auf mehreren Ebenen, die Blockadestrategien einzelner Akteure verunmöglichen oder zumindest erschweren, müssen vorhanden sein.

Eine Paketlösung ist immer ein *temporärer Kompromiss*, sozusagen ein Fliessgleichgewicht der Kräfte, dem nur im Hinblick auf die erwarteten Entwicklungen und zukünftigen Handlungschancen zugestimmt wird (vgl. Statz und Weiner, 1995, 33, 36). Der Planungshorizont von Akteuren geht gewöhnlich über das vorliegende Politikpaket hinaus. Teile von Integrationsprojekten können strategisch zurückgestellt werden, um dann, nach Verabschiedung des Paketes, bei veränderter Akteurslandschaft oder nach Revision des Projektes wieder vorgelegt zu werden, so z. B. das *Deloristische Projekt* eines europäischen Sozialraumes in den späten 80er Jahren (Ziltener, 2000c).

*Relative Konvergenz* der Problembeschreibung, der ordnungspolitischen Grundorientierungen, insbesondere der nationalen Wirtschaftspolitiken, ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für politische Integration. Die Bedeutung relativer Konvergenz in den frühen 80er Jahren als Voraussetzung für die Revitalisierung des Integrationsprozesses ist breit akzeptiert. Für Cameron (1992, 58 f.) hat der allgemeine «rightward shift in the ideological center of gravity» in den Mitgliedstaaten die Einigung auf ein Integrationspaket um das Binnenmarktprojekt als Kern ermöglicht; «essential precondition for reform was the convergence of economic policy prescriptions of ruling party coalitions» (Moravcsik, 1991, 21).[16] Relative Konvergenz bedeutet keineswegs eine «Identität der Interessen», sondern ein zunehmendes Überlappen der Konzepte von Inhalt, Mittel und Reichweite politischer Regulierung.[17] Erst dies ermöglicht es, dass ein

16 Vgl. auch Sandholtz und Zysman (1989, 108 ff.); Schmitter (1996, 6).

17 Vgl. Mols (1996, 48), «Die Gründe und Motive, warum sich Staatsmänner und Regierungen, politische Eliten und Wirtschaftsführer, Gewerkschafter und Parlamentarier überhaupt auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit einlassen, hängen zu einem ganz erheblichen Teil davon ab, ob man gemeinschaftlich diskutierte und eventuell beschlossene Integrationsziele so mit

oder mehrere Kernprojekte von gemeinsamem Interesse definiert werden können. Diese müssen im Rahmen des politisch-ökonomischen Gesamtkonzeptes der involvierten Akteure so gewichtig sein, dass diese bereit sind, die aus der jeweiligen Sicht unerwünschten Elemente des Kompromisses, die Kosten der Zielerreichung, mitzutragen. Relative Konvergenz schliesst ordnungspolitische Konflikte nicht aus.

Im Rahmen konvergenter Strategien muss es, als weitere Bedingung, einen positiven Bezug auf die *europäische Ebene*, auf die europäischen Institutionen geben. Dies war beispielsweise im Falle der französischen Sozialisten und der britischen Labour Party zu Beginn der 80er Jahre nicht gegeben; die EU wurde eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung perzipiert. Auch nach der europapolitischen Reorientierung der französischen Sozialisten von 1983–84 gab es eine Zeitlang eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Gemeinschaftsinstitutionen; das eher multilateral als supranational angelegte Technologiekooperations-Projekt EUREKA, eine Initiative der französischen Regierung, zeugt davon.

Die Definition eines oder mehrer Kernprojekte einmal gegeben, beginnt die diplomatische «Feinarbeit»: Ein Paket muss geschnürt werden. Institutionelle und Verfahrensfragen müssen geregelt werden. Im Zentrum steht die Frage der Anwendung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, da damit «Rückversicherungen» der nationalen Regierungen gegenüber einer weiterführenden Integrationsdynamik aufgegeben oder bewahrt werden. Integrationswiderstände müssen ausgeräumt werden, mittels flankierenden Zahlungen (*side payments)*, Ausnahme- oder Übergangsbestimmungen. Paketlösungen beruhen auf politischen «Tauschgeschäften». Védrine, in den 80er Jahren Berater des französischen Präsidenten Mitterrand, berichtet, dass jede politische Initiative jeweils mit der Überlegung verbunden wird, welche *échanges* damit verbunden sein könnten. Diese können durchaus über den Rahmen der EU hinausgehen.[18]

Die Rekonstruktion historischer Regierungskonferenzen zeigt, dass Paketlösungen komplexe Verhandlungsergebnisse sind, die nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner beruhen müssen. Die Akzeptanz beruht vielmehr auf einer von allen Akteuren perzipierten relativen «Ausgewogenheit» der Paketlösung. Zumindest dürfen, unter Berücksichtigung der Perspektive der weiteren Integrationsentwicklung, die befürchteten Nachteile den erwarteten Nutzen nicht übersteigen. Im Vergleich mit internationalen Regimen ist, aufgrund des bereits erreichten Integrationsniveaus, der Widerruf der Teilnahme am Integrationsprozess mit viel höheren Kosten verbunden. Akteure, deren Interessen nicht «angemessen» berücksichtigt wurden, drängen daher eher auf weitreichende Ausnahmebestim-

seinen eigenen Vorstellungen verbinden kann, dass sie nicht absolut deckungsgleich sein müssen mit dem, was sich andere vorstellen.»

18 Védrine (1996, 283), «Ces échanges ne se limitent pas, en effet, au seul champ communautaire: la France est presque toujours engagée ailleurs au même moment – au Conseil de Sécurité, dans la préparation du prochain sommet des Sept, par exemple –, dans d'autres négociations où elle peut avoir besoin de tel ou tel de ses partenaires européens.»

mungen, die ihnen das *opting out* in Bezug auf weitere Integrationsschritte ermöglichen, als dass sie die EU verlassen.

Der europäische Integrationsprozess beruht auf *nichthegemonialer Kooperation*, da kein Staat aufgrund seiner Machtressourcen und / oder institutionellen Stellung weitere Integrationsprozesse erzwingen kann (vgl. Moravcsik, 1991, 25). Jeder Integrationsfortschritt setzt deshalb ein Bündnis mehrerer Staaten voraus. Historisch hat sich dabei aber mehrfach gezeigt, dass ein solches Integrationsprojekt bisher niemals ohne oder gegen politisch im Zentrum der europäischen Integration stehende Staaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, durchgesetzt werden konnte. Dies ist ungeschriebene europäische «Verfassungswirklichkeit», die im Bewusstsein und strategischen Kalkül der Akteure stark verankert ist. Die kleineren Mitgliedstaaten sind aber keineswegs eine *quantité négligeable*. Das Entscheidungssystem der EU kompensiert reale Ungleichheit teilweise mit formaler Gleichheit (vgl. Statz und Weiner, 1995, 41 f.). Indem mehrere kleinere Staaten ihr politisches Gewicht zusammenlegen, verbunden mit ihrem überproportionalen Gewicht im Entscheidungsverfahren, können sie ihren Einfluss maximieren. Es ist jedoch selten so, dass sich aus der relativen Kleinheit von Mitgliedstaaten ein gemeinsames Interesse oder gar Integrationsprojekt ergibt; am ehesten noch bei Verfahrensfragen, wenn es um den Schutz der kompensatorischen Mechanismen geht. Viel häufiger aber bilden sich Bündnisse aus Staaten mit ähnlichen strukturellen Lagen und politisch-ökonomischen Interessen unabhängig von der relativen Grösse.

Es wird deutlich, wie komplex die Bedingungen für die Initiierung respektive der Erweiterung politischer Integration mittels Vertragsabschluss zwischen nationalen Regierungen sind. Ein beträchtlicher Teil der integrationstheoretischen Debatte über die Determinanten von Integrationsprozessen ergibt sich aus einer ungenauen Unterscheidung zwischen Aussagen über die Urheberschaft politischer Initiativen, das entsprechende *agendasetting*, die Vermittlung von Interessen und damit die Transformation der Initiative sowie deren Verabschiedung. Offensichtlich besteht aber ein Unterschied zwischen dem Ursprung einer politischen Initiative und den Bedingungen ihres Erfolgs.

Diese kurze Diskussion der Faktoren, die über das Zustandekommen von politischer Integration entscheiden, zeigt, dass die neorealistische Integrationstheorie nur Teilaspekte benennt und diese zudem verabsolutiert. Empirische Forschung belegt, dass eine Verengung der Analyse der Mechanismen politischer Integration auf intergouvernementale Verhandlungen unangemessen ist. Nicht alle Integrationsinitiativen können auf Projekte nationaler Regierungen zurückgeführt werden, vielmehr müssen die politischen Vorstösse nationaler und transnationaler Interessengruppen sowie die Verfahrensmacht und die «Eigeninteressen» supranationaler Akteure systematisch berücksichtigt werden, wie der folgende Abschnitt zeigt.

### 3.2 Supranationale Akteure: Die Bedingungen erfolgreicher politischer Unternehmerschaft

Die Debatte zwischen den beiden konkurrierenden integrationstheoretischen Hauptparadigmen hat sich zunehmend verengt auf die Frage der Relevanz supranationaler, und – in geringerem Masse – transnationaler Akteure für den Integrationsprozess.

Aus neofunktionalistischer Sicht definierte Haas in den 60er Jahren drei Elemente erfolgreicher politischer Führung durch einen supranationalen Akteur:

- die Definition einer organisatorischen Ideologie (Festlegung vorrangiger Ziele, Formulierung einer Strategie),
- der Aufbau einer dieser Ideologie verpflichteten Bürokratie; die Schaffung eines «cohesive and loyal staff», und
- der Aufbau von Koalitionen und Bündnissen, die Individuen, Gruppen und Organisationen in den Mitgliedstaaten umfassen, zur Unterstützung dieser Ideologie und der konkreten Vorschläge des supranationalen Akteurs (Haas, 1964, 87 ff.).

Über die Funktion der Formulierung politischer Initiativen hinaus kommt der Kommission die Funktion des *honest broker* zu, des «ehrlichen», an den Gemeinschaftszielen orientierten Vermittlers in den Verhandlungen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten. So übernimmt sie eine zentrale Funktion bei der Schnürung von Paketlösungen, die den Integrationsprozess voranbringen (Lindberg, 1971, 96).

In der Tat lässt sich eine erfolgreiche Kombination dieser Elemente supranationaler politischer Unternehmerschaft in den Phasen beschleunigter Integration feststellen, für die erste Kommission unter Walter Hallstein (im Amt 1958–1967) oder für die Delors-Kommission in der zweiten Hälfte der 80er Jahre.[19] Im Vergleich zur Hallstein-Kommission hatte die 1985 angetretene Kommission aber andere, tendenziell schlechtere Ausgangsbedingungen. Die Hallstein-Kommission fand einen gerade abgeschlossenen Gründungsvertrag mit einer klar definierten Rolle der supranationalen Organe vor, während die Delors-Kommission sich den Praxis-Raum zuerst zurückerobern respektive eine vergleichbare Grundlage erst schaffen musste (vgl. Ehlermann, 1988, 58). Gleichzeitig musste die Bürokratie teilweise erneuert respektive neu ausgerichtet – sozusagen die Räder am fahrenden Zug gewechselt werden. Das Gegenargument – der vorgängige Aufbau einer Bürokratie sei auch nicht förderlich – ist nur teilweise richtig: Die Ressourcen, auf die zurückgegriffen werden kann, mögen am Anfang geringer sein, die Einheitlichkeit der Bürokratie und damit ihre instrumentelle Verwendungsmöglichkeiten dafür ungleich viel grösser.

19 Ross (1995, 158 ff.) beschreibt ausführlich das «Delorist leadership system».

Das vertraglich festgeschriebene Initiativmonopol der Kommission kann, gerade in besonderen historischen Phasen wie 1983–85, nicht der realen Integrationspraxis entsprechen. Vor der «Wiedergeburt der Kommission» Mitte der 80er Jahre lag die politische Unternehmerschaft immer wieder bei einzelnen nationalen Regierungen oder bestimmten «Blöcken», teilweise sogar ohne Berücksichtigung der Kommission (Ziltener, 2000a). An einer Regierungskonferenz selber nimmt das Gewicht der Kommission unausweichlich ab, auch wenn diese ihre Rolle voll ausschöpft. Ein wichtiger Punkt hinsichtlich politischer Unternehmerschaft ist auch der «Ehrgeiz» der halbjährlich wechselnden Ratspräsidentschaften seitens eines Mitgliedstaates. Diese haben wichtige Funktionen bei der Vorantreibung oder Verschleppung bestimmter Dossiers; dies gilt auch bei einer Regierungskonferenz, bei der das die Ratspräsidentschaft innehabende Land eine strategisch wichtige Funktion bezüglich der Ausarbeitung von vermittelnden Kompromissen hat.

Die Tätigkeit der Delors-Kommission wurde zudem immer wieder durch «Altlasten» überlagert, die ihre Initiativfunktion behinderten und die Erschliessung neuer Tätigkeitsbereiche erschwerten. Ein Beispiel dafür sind die Haushalts- und Beitragsprobleme, die Kompromisslösung im Rahmen des «Delors-Paketes» von 1988 (Ziltener, 2000b). Dennoch konnte die Kommission ihre Stellung als «Herrin des Verfahrens» im Verlauf der 80er Jahre im Vergleich mit den 15 Jahre davor eindeutig stärken. In der Folge entwickelte sich ein neues Beziehungsgeflecht zwischen den Gemeinschaftsorganen.[20]

Die in bestimmten Bereichen offensichtlich erfolgreichen Aktivitäten der Kommission haben auch in der neorealistischen Theorie ihren Niederschlag gefunden. Moravcsik (1998, 1999) vertiefte zwar einerseits die Kritik an den (optimistischen) Theorien supranationaler politischer Unternehmerschaft, erweiterte seinen eigenen Ansatz aber in wichtiger Hinsicht. Unter dem Eindruck des Prozesses, der zur Unterzeichnung der EEA führte, modelliert er die Bedingungen, unter denen supranationale politische Unternehmerschaft wichtig werden und Wirkung entfalten kann. Diese sind jedoch historisch selten:

«Only in exceptional circumstances – where issues are novel, constituencies unorganized, and governments mired in old policy modes – does a ‹window of opportunity› open for supranational actors. As networks of officials and social groups adjust, the system returns to equilibrium; governments reassert their customary dominant role, rendering subsequent supranational entrepreneurship futile, even counterproductive. Informal entrepreneurs enjoy brief successes and long periods of failure.» (Moravcsik, 1999, 285).

20 Besonders detailliert Engel und Borrmann (1991) und die Beiträge in Engel und Wessels, Hrsg., (1992).

Dieses *window of opportunity* ergibt sich in «Kommunikationsengpässen», in denen die Kommission die Informationsasymmetrie zur Beförderung ihres Projektes ausnützen kann.

«The primary task of any explanation of supranational entrepreneurship must be to investigate the conditions under which supranational entrepreneurs enjoy such a comparative advantage over more powerful and directly interested governments. Therin lies the central theoretical puzzle of supranational entrepreneurship: Why should governments, with millions of diverse and highly trained professional employees, massive information-gathering capacity, and long-standing experience with internatioal negotiations at their disposal, *ever* require the services of a handful supranational entrepreneurs to generate and disseminate useful information and ideas?» (Moravcsik, 1999, 272 f.)

Zu Recht beharrt Moravcsik darauf, dass aus der Tatsache der Gleichzeitigkeit supranationaler und intergouvernementaler Aktivitäten nicht auf die Relevanz beider geschlossen werden kann; genau dies tun aber viele ältere Untersuchungen. Neuere Analysen leiten die Wirkungen der Kommission weniger aus Informationsüberlegenheit und / oder ihrer *agendasetting*-Macht ab, sondern aus ihrer Tätigkeit als «two-level network manager», d. h. ihre Durchsetzungschancen sind die Folge erfolgreichen Ausnützens des Mehrebenencharakters europäischer Politik. In ihrer empirischen Analyse europäischer Liberalisierungsprozesse sieht Schmidt (1998, 336) zwar «Informations- und Planungsvorteile» der Kommission aufgrund längerer Zeithorizonte, durchsetzen kann sie sich aber vor allem aufgrund erfolgreicher Mobilisierung von Akteuren, die an Liberalisierung interessiert sind. Die Kommission hat sich nicht nur längst von einer intergouvernmentalen Kontrolle gelöst, sie vermag es auch, in vielen Fällen die nationalen Regierungen unter Druck zu setzen und sich so die Zustimmung im Ministerrat zu den Kommissionsprojekten zu sichern.[21] Dies erreicht sie vor allem durch die Beeinflussung der nationalen Öffentlichkeiten (und damit deren Verknüpfung), der Anrufung «gemeinsamer Interessen» und geschicktem Koalitionsaufbau. Supranationale politische Unternehmerschaft ist vor allem dann erfolgreich, wenn durch Herkunft der Kommissionsmitglieder zentrale Akteure auf nationaler Ebene von Anfang an mit eingebunden sind und / oder später mobilisiert werden können. Dass sich ihre Durchsetzungschancen aus dieser Stellung als

21 Schmidt (1998, 336) identifiziert zwei Strategien der Kommission, *«divide et impera»* und die *«Wahl des kleineren Übels»*: «während die Kommission bei der erstgenannten Strategie zunächst in einzelnen Mitgliedstaaten Veränderungen bewirkt und darauf aufbauend im Ministerrat eine Mehrheit für eine europaeinheitliche Politik erzielen kann, lässt sie eine solche in den Fällen der zweiten Kategorie als kleineres Übel erscheinen. Die Bussgeldandrohungen eignen sich hierfür ebenso gut wie anstehende Urteile des EuGH, die höchstwahrscheinlich eine unliebsame Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen mit sich führen und auf jeden Fall von den Mitgliedstaaten kaum zu kontrollieren sind. Mit beiden Strategien kann die Kommission unilateral die Präferenzen der Regierungen ändern und so ihre Zustimmung im Ministerrat sichern.»

«two-level network manager» ergeben, haben schon frühe Studien supranationaler Unternehmerschaft erkannt. Cox nannte als wichtige Voraussetzung «personal confidential intelligence network reaching into domestic politics of key countries».[22] Koalitionsaufbau um das Integrationsprojekt der Kommission herum erfordert Zugang zu wichtigen nationalen Akteuren, «adequate information about their goals and perceptions, and that they are able to produce symbolic or concrete outcomes so that such actors will perceive identity of interests» (Lindberg, 1971, 95).

Aufgrund der Verteilung institutioneller Ressourcen spricht Bach (1999, 20 f.) von einem «deutlichen Übergewicht der *bürokratischen* Arena gegenüber der vor allem im Ministerrat vertretenen *politischen* Ebene» (Herv. i. O.). Die politisch-administrative Leistungsfähigkeit der Kommission beruht auf einer «expertokratischen transnationalen Fusionsbürokratie»: «Im Alltag wird die praktische Integration auf europäischer Ebene primär durch die Vermittlung der Verwaltungs- und Sachverständigenausschüsse geleistet; in den transnationalen bürokratischen Netzwerken werden die entscheidungsrelevanten Ressourcen, vor allem *Policy*-Information, getauscht.» (Bach, 1999, 27).

Dass supranationale politische Unternehmerschaft ein relevanter Faktor für den Integrationsprozess ist, kann am Beispiel der *Entwicklung der EU-Regionalpolitik* belegt werden (Ziltener, 2000b). Aus der offensichtlich engen Verknüpfung des Ausbaus der EU-Regionalpolitik mit wichtigen Integrationsfortschritten (Vertiefungen und / oder Erweiterungen) wurde die These abgeleitet, dass diese im Prinzip «flankierende Zahlungen» (*side payments)* sei. Damit ist einerseits benannt, dass es sich bei der Regionalpolitik nicht um das Kernprojekt der jeweiligen Integrationsstufe handelt (unbeschadet der Tatsache, dass ohne diese Elemente eine Paketlösung eventuell nicht zustande gekommen wäre). Andererseits gibt es darin die Dimension «politischen Tauschhandels» (*logrolling*): Mit diesen Zahlungen wird die Zustimmung, der Verzicht auf eine (potentielle) Blockademöglichkeit eines Projektes erkauft. Die *side payment*-These ist in der integrationstheoretischen Debatte sehr verbreitet, verkürzt die Entwicklung der EU-Regionalpolitik allerdings auf bestimmte Momente, im Regelfall europäische Gipfeltreffen. Dass Ausgleichs- und Kompensationszahlungen im Rahmen von Paketlösungen die Funktion eines «Schmiermittels» haben können, ist unbestritten. Was im Begriff aber nicht berücksichtigt ist, ist, dass es sich im Falle der Regionalpolitik nicht nur um ein *verstetigtes System* von Finanztransfers ohne absehbares Ende handelt, sondern dieses auch zunehmend nach supranational formulierten Kriterien ausgerichtet wurde.

Es ist empirisch belegt worden, dass die Kommission in den 80 und 90er Jahren erfolgreich «Systemaufbau» auf europäischer Ebene betrieben hat. Die

22 Cox (1969, 225). Er führt weiter aus: «Of necessity these networks of contacts will be limited for any single individual to a very few countries; and taking this into account, the ideal executive head is one which is able to engage in political confrontation in those countries which at the particular time are crucial in the evolution of the organization.»

sogenannten «Delors-Pakete» zur Haushaltskonsolidierung und die Reform der Strukturfonds bedeuteten weit mehr als nur die Festlegung der Finanzmittel für die Regionalpolitik. Hinter sich «technisch» gebenden Veränderungen wurde die Rolle der supranationalen Institutionen bei der Planung und Durchführung der europäischen Regionalpolitik schrittweise deutlich gestärkt (Tömmel, 1994). Dies äusserte sich nicht in formalen Kompetenzerweiterungen der Kommission, sondern ergibt sich aus der Art und Weise der Politikformulierung und – implementation. Vor allem bei der Definition der Förderkriterien und der zu fördernden Regionen, bei der Betreuung und Kontrolle der Ausführung von Programmen erweiterte die Kommission ihre Befugnis. Allen (1996, 227) kommt zu Einschätzung, «whilst the overall level of funding is determined intergovernmentally, the Commission has gained a high degree of control over the designation of both structural-fund objectives and the ‹designated areas› (note not regions) that they will apply to». Für Wallace (1996, 60) konnte die Kommission in erstaunlichem Ausmass ihre Präferenzen konsensfähig machen. Die Machtbalance zwischen Kommission und Mitgliedstaaten verschob sich insbesondere aufgrund der Durchsetzung des Additionalitätsprinzips und der Schaffung eines zusätzlichen Beratungsgremiums auf europäischer Ebene (*Komitee der Regionen*) zugunsten der Kommission. Mittels des letzteren kann die Kommission bereits im Vorfeld der Beschlussfassung ihre Vorhaben mit regionalen und lokalen Staatsinstanzen abstimmen. Damit wurde das Monopol der nationalen Regierungen in der Vermittlung zwischen Innen- und Aussenpolitik gebrochen, ein bedeutender Schritt in die Richtung eines politischen Mehrebenensystem gemacht (vgl. Marks, 1996; Hooghe, 1996).

Weitgehende Übereinstimmung herrscht in der Integrationstheorie darüber, dass die Kommission im Integrationsprozess eindeutig die wichtigste supranationale Institution war und ist. Die Rolle des *Europäischen Parlamentes* wird, wenn man politisch motivierte Äusserungen ausser Acht lässt, als gering eingeschätzt. Ob sich das aufgrund der im Verlaufe der 90er Jahre leicht ausgebauten Kompetenzen und dem erfolgreich ausgeübten Druck auf die Kommission, der zum Rücktritt der Kommission unter Präsident Santer führte, ändern wird, muss offen bleiben (vgl. Hrbek, 1994; Rometsch, 1994). Lange eindeutig unterschätzt worden ist die Rolle des *Europäischen Gerichtshofes (EuGH)*, dessen «konsequent ausgeweitete Rechtssprechung» (Falke, 1993) zur «Europäisierung» verschiedener Politikbereich beigetragen hat (vgl. Wechsler, 1995). Gerade auf einem der politisch umstrittensten Gebiete, der Sozialpolitik, tat er dies, vor allem über die Betonung der «Anzeichen einer sozialen Verantwortung der Gemeinschaft» in den Gründerverträgen und auch der EEA, indem er dazu tendiert, diese zu einem quasiverfassungsrechtlichen Sozialstaatsprinzip zu erheben.[23] Von grosser Bedeutung war der *Cassis de Dijon*-Entscheid von 1979 und einige Folgeurteile für das

23 Vgl. dazu Everling (1990); Schulte (1993); Pierson und Leibfried (1995, 11 f.).

Binnenmarktprojekt; er gab der Kommission ein gewichtiges Instrument zu dessen Durchsetzung in die Hand. Auch die neofunktionalistische Theorie hat die Integrationswirkung europäischer Rechtssprechung, obwohl sie doch, wie Schmitter es formuliert, «right under the noses» der Neofunktionalisten stattfand, lange unterschätzt.[24] Gegenwärtig findet eine Debatte um eine integrationstheoretische Neubewertung der Rolle des EuGH statt.[25]

### 3.3 Transnationale Akteure: Zur Rolle wirtschaftlicher Interessengruppen

Die Erfolgsbedingungen der Tätigkeit supranationaler Akteure sind dadurch, dass sich die Debatte zwischen den beiden konkurrierenden integrationstheoretischen Paradigmen darauf konzentriert hat, und aufgrund umfassender empirischer Forschung relativ gut bekannt. Weniger Aufmerksamkeit hat die Frage der Relevanz transnationaler Akteure im Integrationsprozess erfahren. Unter *transnationalen Akteuren* sollen diejenigen wirtschaftlichen und politischen Interessengruppen verstanden werden, die sich zwecks Einflussnahme auf die supranationalen Institutionen grenzüberschreitend kooperieren oder sich organisatorisch zusammenschliessen.

In der neofunktionalistischen Theorie waren zwar wirtschaftliche Interessengruppen von Anfang an die zweite Kategorie «theoretisch privilegierter» Akteure. Das Interesse wirtschaftlicher Akteure an supranationalen Institutionen und Programmen sollte sich aus der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung infolge der Schaffung des Gemeinsamen Marktes ergeben. Auch in der älteren politökonomischen Debatte wurde das Integrationsinteresse seitens wirtschaftlicher Akteure aus dem binneneuropäischen ökonomischen Verflechtungsgrad abgeleitet, aber in den Zusammenhang mit der Konkurrenz Europa-USA gestellt (vgl. Ziltener, 1999, 36 ff.). Die reale Entwicklung stellte sich so dar, dass bis in die 70er Jahre hinein Interessengruppen dem Ausbau der Kompetenzen supranationaler Institutionen folgten, d. h. jeder politische Integrationsschritt zog die Gründung respektive den Zusammenschluss von Interessengruppen auf europäischer Ebene nach sich (vgl. Nollert, 1997).

So entwickelte sich im Gefolge der Einrichtung der *EU-Agrarpolitik* in den 50er und 60er Jahren ein hochgradig zentralisiertes Interessenvermittlungssystem auf europäischer Ebene.[26] Die Vergemeinschaftung der Agrarpolitik erzwang die

24 «Its assertion of the primacy of Community law – in effect, converting the Treaty of Rome into a protoconstitution for Europe – and its imaginative interpretations of specific (if vague) clauses were crucial for supranationalism.» (Schmitter, 1996, 13).

25 Vgl. dazu vor allem Burley und Mattli (1993), Stone Sweet und Caporaso (1998) und Alter (1996, 1998).

26 «The role and the power of COPA was a function of the institutional structure of the CAP [Common Agricultural Policy, P.Z.] – but not the other way around. COPA was of crucial importance in securing the acceptance of the CAP in the sixties. In particular the Commission used its close relationship with COPA to bolster its - supranational – position vis-à-vis the Council of Ministers.» (Rieger, 1996, 117).

Bildung eines Verbandszusammenschlusses auf europäischer Ebene (das *Comité de la Coopération Agricole, COPA*, der Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen). Die Kommission hatte ein Interesse an einer starken Stellung der COPA, da dies die Stellung der supranationalen Ebene gegenüber den Verwaltungen der Mitgliedstaaten stärkt. In diesem Sinne förderte die Kommission die Herausbildung einer repräsentativen Organisationsstruktur mit vielfältig differenzierten, exakt auf die institutionelle Struktur der EU-Agrarpolitik und die Tätigkeit der Kommission bezogenen Arbeitsgruppen und Fachausschüssen. Der Vertretungsanspruch der COPA und der hohe Grad ihrer institutionell-formalen Einbindung in das politische System auf europäischer Ebene beruhten auf der Mitgliedschaft aller wichtigen Agrarverbände der Mitgliedstaaten. Auf dieser Grundlage kann die COPA als alleinige Vermittlungsinstanz zwischen ihren Mitgliedern und der Kommission fungieren (Rieger, 1994). Es wird deutlich, dass für diesen Politikbereich von einem eigentlichen *Euro-Korporatismus* gesprochen werden kann (vgl. Ziltener, 1999, 110 ff.).

Die Logik der Herausbildung dieses sektoralen Korporatismus in den 50er und 60er Jahren entsprach nur teilweise den neofunktionalistischen Thesen. Allerdings bestätigte sich die Vermutung, dass die breite Einbeziehung wirtschaftlicher Interessen zur Stabilisierung des erreichten Niveaus politischer Integration beitrug.

Im Verlaufe der späten 70er und der 80er Jahre entwickelte sich ein neuer Typ von Einflussnahme seitens wirtschaftlicher Interessengruppen, in Form lobbyistischer Zusammenschlüsse von Vertretern transnationaler Konzerne, über die etablierten nationalen und europäischen Dachverbände hinweg. Auf Einladung der Kommission hin war es 1980 zur Gründung eines ersten sogenannten *Roundtable* aus Vertretern europäischer Grossunternehmen aus dem Bereich der Informationstechnologie gekommen (Sandholtz, 1992; Parker, 2000). Aus diesem «Prototyp» entwickelte sich das von der Kommission bevorzugte Gremium zur Aushandlung und Vorbereitung politischer Programme auf europäischer Ebene.

Die Zusammenarbeit Kommission – transnationale Unternehmen traf in den frühen 80er Jahren auf Initiativen nationaler Regierungen, die aus der Sorge um ein mögliches Abgehängtwerden im Bereich der Hochtechnologie ihre Bereitschaft zur Kooperation auf europäischer Ebene deutlich erhöht hatten. Das Gebiet der Forschungs- und Technologiepolitik war das erste, auf dem, einige Zeit vor der eigentlichen *take off*-Phase des Integrationsschubes der 80er Jahre, ein qualitativer Durchbruch neuer transnationaler Kooperationsformen stattfand. 1984 wurde das *European Strategic Programme for Research and Information Technologies (ESPRIT)* verabschiedet, das als «Flaggschiff» der gesamten europäischen Forschungs- und Entwicklunspolitik deren Ziele und Verfahren seither massgeblich prägt (vgl. Grande und Häusler, 1994). Auch das Kernprojekt des Integrationsschubes der 80er Jahre, die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes, lässt

sich auf eine Initiative transnationaler Konzerne in Zusammenarbeit mit der Kommission zurückverfolgen (Green-Cowles, 1995; Fielder, 2000).[27]

Die zunehmende Bedeutung solcher direkter politischer Interventionen seitens von Grossunternehmen, ohne den «Umweg» über entsprechende Dachverbände, ist auch auf nationaler Ebene feststellbar. Besonders wirksam ist dies auf europäischer Ebene zum einen, weil es dort mit Ausnahme einiger weniger, spezifischer Bereiche (Agrarpolitik) nach wie vor keine starken Dachverbände, kein Interessenvermittlungssystem gibt, das man als korporatistisch bezeichnen könnte (vgl. Streeck und Schmitter, 1991). Zum anderen profitieren Lobbyisten von der vergleichsweise schwachen Ressourcen-Basis der EU-Bürokratie, die auf externe Expertise angewiesen ist. Die europäischen Grossunternehmen machen sich so die Spezifika der supranationalen Ebene innerhalb des europäischen Mehrebenensystems systematisch und erfolgreich zunutze.

Bezüglich der zentralen Stellung bestimmter *Roundtables* gibt es Anzeichen dafür, dass sich diese im Verlaufe der letzten zehn Jahre insgesamt etwas abgeschwächt hat, vor allem aufgrund der «proliferation of voices» in Brüssel und der Absicht der Kommission, weitere Interessen einzubeziehen. In vielen Bereichen ist, wie auf dem Gebiet der Informationstechnologieförderung, eher eine Verbreiterung als eine Abschwächung dieser Kooperationsformen feststellbar (Parker, 2000). Auch im Bereich der Biotechnologie hat die Kommission von Anfang an versucht, die Interessen auf diesem Gebiet mittels der Bildung europäischer Dachorganisationen zu kanalisieren. Dies erwies sich jedoch angesichts des geringen Zentralisierungsgrades der entsprechenden Interessenvereinigungen und wegen des fehlenden «internen» Interessenvermittlungsverfahrens als schwierig (Nollert, 2000a). Lobbyisten und technische Experten der grossen Unternehmen nehmen aber über die Beratungsgremien der Kommission erfolgreich Einfluss auf die Politikgestaltung der EU. Der *European Roundtable of Industrialists (ERT)*, dessen Initiative entscheidendes Gewicht bei der Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes zukam, ist nach wie vor eine der einflussreichsten Interessenorganisationen in Brüssel. Er hat erfolgreich seine Basis (Anzahl, Einzugsbereich und gegenseitige Verflechtung der repräsentierten Unternehmen; Nollert, 2000b) und den Bereich seiner Aktivitäten ausgebaut und verfügt nach wie vor über hervorragende Einflusskanäle. Allerdings gilt auch für ihn, dass die zunehmende Verbreiterung der europäischen Akteurslandschaft insgesamt sein Gewicht etwas

27 1984 erstellte Wisse Dekker vom Philips-Konzern ein Thesenpapier (*«Europe 1990»*, Dekker, 1985), das durch den *Roundtable of European Industrialists* gebilligt wurde. Seine Vorschläge zielten auf den Abbau aller tarifären und nicht-tarifären Handelshindernisse in Westeuropa, also der Bildung eines einheitlichen Marktes für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte, sowie die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens und die Harmonisierung der indirekten Steuern. Sie bildeten das Kernstück des «Weissbuches», das 1985 von der Kommission dem Rat vorgelegt und mit der EEA vertraglich fixiert wurde (EU-Kommission, 1985).

relativierte. Es erscheint als unwahrscheinlich, dass diese neuen Kooperationsformen nur eine befristete Übergangsphase auf dem Weg zu einem umfassenden korporatistischen europäischen Interessenvermittlungssystem sind. Vielmehr dürften sich die transnationalen wirtschaftlichen Akteure (in Form flexibler, spezifischer *pressure groups* und nicht etwa als zentralisierte Euro-Verbände) auf Dauer als den Integrationsprozess massgeblich (mit)bestimmende Akteure etabliert haben.

Diese Entwicklung ist integrationstheoretisch noch nicht verarbeitet worden. Es überrascht wenig, dass in neorealistischen Arbeiten generell die Rolle transnationaler Akteure wenig Beachtung findet. Moravcsik (1998, 318 ff.) reagierte auf die These einer wichtigen Rolle transnationaler Unternehmen bei der Lancierungs des Binnenmarktprojektes mit der Evaluierung der *lobbying*-Tätigkeit von Wirtschaftsverbänden in Grossbritannien, Deutschland und Frankreich. Interessanterweise belegt er vor allem, dies aber überzeugend, dass es - mit Ausnahme britischer Firmen im Hinblick auf die Dienstleistungsfreiheit im europäischen Binnenmarkt, insbesondere die Finanzmarktliberalisierung - *nicht* die *nationalen* Wirtschaftsverbände waren, die dafür entscheidende Impulse gegeben haben. Aber auch die neofunktionalistischen Thesen über die Rolle transnationaler Akteure können nicht grundsätzlich als bestätigt gelten. Es war nicht die wirtschaftliche Verflechtung im politisch integrierten Raum, die diese dazu antrieb, positiv auf den Supranationalisierungsprozess Einfluss zu nehmen. Die Entwicklung der 80er und 90er Jahre stellt sich vielmehr so dar, dass aus Gründen des Weltmarktdruckes die transnationalen Konzerne auf die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes drängten, und viele wirtschaftliche Verflechtungen dann, *nach* Beschlussfassung durch die politischen Institutionen, oft aber bereits in *Vorwegnahme* seiner Implementierung, getätigt wurden.[28]

## 4 Schluss

Im Interesse an einer erneuerten, auch soziologisch-gesellschaftstheoretisch inspirierten integrationstheoretischen Debatte war es Ziel dieses Artikels, das bestehende «integrationstheoretische Angebot» einer kritischen Sichtung zu unterziehen. Die theoretischen Argumente wurden mit empirischen Forschungsergebnissen konfrontiert, und es ist auf Lücken verwiesen worden. Im Zentrum standen die drei wichtigsten Mechanismen politischer Integration, nämlich Regierungskonferenzen und das Wirken supranationaler und transnationaler Akteure. Er-

28 Die Kommission schätzt als Folge des Binnenmarktprojektes eine Verdreifachung der Unternehmenszusammenschlüsse und Übernahmen von Firmen und eine Verdoppelung der Beteiligungen europäischer Firmen bei Fusionen und Übernahmen in der ganzen Welt (Weissbuch der EU-Kommission, *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung* (KOM (93) 700 endg.), S. 3.

gebnis ist, dass weder die älteren neofunktionalistischen noch die neorealistischen Thesen durch die realen Integrationsprozesse in ihrer überwiegenden Mehrheit zu bestätigen sind.

Offensichtlich ist, dass eine Reduktion des Integrationsprozesses auf ein intergouvernementales Modell inadäquat ist. Am ehesten informiert dieses über die Phasen der Initiierung politischer Integration, aber nicht einmal eine ausschliessliche Betrachtung von Regierungskonferenzen kommt ohne modellexogene Erklärungsfaktoren aus. Für die Analyse der Entstehung von Integrationsinteresse und der Konstituierung von Integrationsprojekten sowie der Bedingungen von kontinuierlichem «Systemaufbau» auf europäischer Ebene ist der neorealistische Ansatz ungeeignet.

Der Neofunktionalismus hatte aber nur scheinbar «doch recht». Aus der Tatsache, dass sich politische Integration in Westeuropa nach Jahren der Stagnation weiterentwickelt hat, und dass in der Diskussion über die Gründe dafür einige vom Neofunktionalismus postulierte Mechanismen wieder eine Rolle spielen, kann nicht eine «Rehabilitierung» des theoretischen Paradigmas abgeleitet werden. Ein genauer Blick zeigt, dass in vielen Fällen Prozessablauf und -ergebnis nicht dem neofunktionalistischen Modell entsprechen. Die Tatsache, dass es in bestimmter Hinsicht wichtige Unterschiede zwischen den Integrationsmechanismen der 50er und 60er und denjenigen der 80er und 90er Jahre gibt, kann der Neofunktionalismus nicht erklären. Einiges deutet darauf hin, dass Integrationstheorie historisch-phasenspezifisch zu konstruieren ist.

Allerdings muss auch festgehalten werden, dass die neofunktionalistische Integrationstheorie schon in den 70er Jahren eine Komplexität erreicht hat wie bisher kein anderer Ansatz. Sie bietet bedeutend mehr und komplexere Thesen und Argumente, als sie bisher in der Debatte um den Integrationsschub der 80er und 90er Jahre aufgenommen worden sind. Dies macht sie für die Soziologie zum interessantesten «Steinbruch» im Hinblick auf die Entwicklung einer umfassenden Integrationstheorie.

## Literaturverzeichnis

Allen, David (1996), Cohesion and Structural Adjustment, in: H. Wallace und W. Wallace, Hrsg., *Policymaking in the European Union*, Oxford: Oxford University Press, 209–233.

Alter, Karen J. (1996), The European Court's Political Power: The Emergence of an Authoritative International Court in the European Union, *West European Politics*, 19/3, 458–487.

Alter, Karen J. (1998), Who are the «Masters of the Treaty»? European Governments and the European Court of Justice, *International Organization*, 52/19, 121–147.

Anderson, Jeffrey J. (1995), Structural Funds and the Social Dimension of EU Policy: Springboard or Stumbling Block?, in: S. Leibfried und P. Pierson, Hrsg., *European Social Policy: Between Fragmentation and Integration*, Washington DC: Brookings, 123–158.

Bach, Maurizio (1999), *Die Bürokratisierung Europas. Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation*, Frankfurt a. M.: Campus.

Bogdandy, Armin von (1993), Supranationale Union als neuer Herrschaftstypus: Entstaatlichung und Vergemeinschaftung in staatstheoretischer Perspektive, *Integration*, 4, 1–11.

Boje, Thomas P., Bart van Steenbergen und Sylvia Walby (1999), Introduction, in: Dies., Hrsg., *European Societies: Fusion or Fission?*, London: Routledge, 1–18.

Bornschier, Volker (1999), Hegemonic Transitions, West European Unification, and the Future Structure of the Core, in: Ders. und C. Chase-Dunn, Hrsg., *The Future of Global Conflict*, London: Sage, 77–98.

Bornschier, Volker (2000), Western Europe's Move Toward Political Union, in: Ders., Hrsg., *State-building in Europe. The Revitalization of European Integration*, Cambridge: Cambridge University Press, 3–37.

Bornschier, Volker, Hrsg., (2000), *State-building in Europe. The Revitalization of European Integration*, Cambridge: Cambridge University Press.

Buchmann, Marlis (1999), European integration: disparate dynamics of bureaucratic control and communicative participation, in: Th. P. Boje, B. van Steenbergen und S. Walby, Hrsg., *European Societies: Fusion or Fission?*, London: Routledge, 53–65.

Burley, Anne-Marie, und Walter Mattli (1993), Europe Before the Court: A Political Theory of Legal Integration, *International Organization*, 47/1, 41–76.

Cameron, David R. (1992), The 1992 Initiative. Causes and Consequences, in: A. M. Sbragia, Hrsg., *Europolitics. Institutions and Policymaking in the «New» European Community*, Washington: Brookings, 23–74.

Cox, Robert W. ([1969] 1973), The Executive Head: An Essay on Leadership in International Organization, in: G. Leland und D. Kay, Hrsg., *International Organization: Politics and Process*, Madison: University of Wisconsin Press, 155–180.

Dekker, Wisse (1985), Europa 1990, Vortrag im Centre for European Policy Studies, Brüssel, 13.4.1985.

Delors, Jacques (1993), Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft, *Politik und Zeitgeschichte*, B 1, 3–9.

Ehlermann, Claus-Dieter (1988), Die Beschlüsse des Brüsseler Sondergipfels: Erfolg einer Gesamtstrategie der Delors-Kommission, *Integration, 2*, 56–63.

Engel, Christian, und Christine Borrmann (1991), *Vom Konsens zur Mehrheitsentscheidung. EG-Entscheidungsverfahren und nationale Interessenpolitik nach der Einheitlichen Europäischen Akte*, Bonn: Europa Union.

Engel, Christian, und Wolfgang Wessels, Hrsg., (1992), *From Luxemburg to Maastricht: Institutional Change in the European Community after the Single European Act*, Bonn: Europa Union.

EU-Kommission (1985), *Weissbuch ‚Vollendung des Binnenmarktes'* (KOM [85], 310 endg.), Brüssel.

EU-Kommission (1993), *Weissbuch ‚Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung'* (KOM [93], 700 endg.), Brüssel.

Everling, Ulrich (1990), Von der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zum Europäischen Bürgerrecht?, in: G. Nicolaysen und H.-J. Rabe, Hrsg., *Europäisches Arbeits- und Sozialrecht. Europarecht-Beiheft 1*, Baden-Baden: Nomos, 81–103.

Falke, Josef (1993), Von der Implementation zur Selbstimplementation? Zur Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten, in: H. Meulemann und A. Elting-Camus, Hrsg., *26. Deutscher Soziologentag. Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa, Tagungsband II: Sektionen, Arbeits- und Ad hoc-Gruppen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 277–280.

Fielder, Nicola (2000), The Origins of the Single Market, in: V. Bornschier, Hrsg., *State-building in Europe. The Revitalization of European Integration,* Cambridge: Cambridge University Press, 75–92.

Frankenfeld, Peter (1991), *Grundrisse einer Theorie der Wirtschaftspolitik von Weltorganisationen,* Marburg: Metropolis.

Gabriel, Jürg Martin (2000), Die Renaissance des Funktionalismus, *Aussenwirtschaft*, 1, 121–168.

Garrett, Geoffrey, und George Tsebelis (1996), An Institutional Critique of Intergovernmentalism, *International Organization*, 50/2, 269–299.

George, Stephen (1991), *Politics and Policy in the European Community*, Oxford: Oxford University Press (Second Edition).

George, Stephen(1996), *Politics and Policy in the European Union*, Oxford: Oxford University Press (Third Edition).

Grande, Edgar, und Jürgen Häusler (1994), *Industrieforschung und Forschungspolitik. Staatliche Steuerungspotentiale in der Informationstechnik*, Frankfurt a. M. / New York: Campus.

Grande, Edgar, und Markus Jachtenfuchs, Hrsg., (2000), *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem*, Baden-Baden: Nomos.

Green-Cowles, Maria L. (1995), Setting the Agenda for a New Europe: The ERT and EC 1992, *Journal of Common Market Studies*, 33/4, 501–526.

Haas, Ernst B. (1958), *The Uniting of Europe. Political, Social, and Economic Forces 1950–1957*, Stanford: Stanford University Press.

Haas, Ernst B. (1964), *Beyond the Nation-State: Functionalism and International Organization*, Stanford: Stanford University Press.

Haas, Ernst B. (1971), The Study of Regional Integration: Reflection on the Joy and Anguish of Pretheorizing, in: Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold, Hrsg., *Regional Integration. Theory and Research*, Cambridge MA: Harvard University Press, 3–42.

Hooghe, Liesbeth, Hrsg., (1996), *Cohesion Policy and European Integration: Building Multi-Level Governance*, Oxford: Oxford University Press.

Hrbek, Rudolf (1994), Das neue Europäische Parlament: mehr Vielfalt - weniger Handlungsfähigkeit?, *Integration, 3,* 157–164.

Kaelble, Hartmut (1993), Supranationalität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Einleitende Bemerkungen, in: H. A. Winkler und H. Kaelble, Hrsg., *Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität*, Stuttgart: Klett-Cotta, 189–206.

Keohane, Robert, und Stanley Hoffmann (1990), Conclusions: Community Politics and Instiutional Change, in: H. Wallace und W. Wallace, Hrsg., *The Dynamics of European Integration*, London / New York: Pinter Publishers, 267–300.

König, Thomas, Elmar Rieger und Hermann Schmitt (1996), Einleitung der Herausgeber, in: Dies., Hrsg., *Das europäische Mehrebenensystem*, Frankfurt a. M. / New York: Campus, 13–26.

Kohler-Koch, Beate und Markus Jachtenfuchs (1996), Regieren in der Europäischen Union – Fragestellungen für eine interdisziplinäre Europaforschung, in: *Politische Vierteljahresschrift, 3,* 537–556.

Leibfried, Stephan und Paul Pierson, Hrsg., (1998), *Standort Europa: Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Lepsius, M. Rainer (1991a), Die Europäische Gemeinschaft; Rationalitätskriterien der Regimebildung, in: W. Zapf, Hrsg., *Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages 1990*, Frankfurt a. M. / New York: Campus, 309–317.

Lepsius, M. Rainer (1991b), Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, in: R.Wildenmann, Hrsg., *Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union*, Baden-Baden: Nomos, 19–40.

Lindberg, Leon N. (1963), *The Political Dynamics of European Economic Integration*, Stanford: Stanford University Press.

Lindberg, Leon N. (1971), Political Integration as a Multidimensional Phenomenon Requiring Multivariate Measurement, in: Ders. und Stuart A. Scheingold, Hrsg., *Regional Integration. Theory and Research*, Cambridge MA: Harvard University Press, 45–127.

Lindberg, Leon N., und Stuart A. Scheingold (1970), *Europe's Would-Be Polity*, Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall.

Lindberg, Leon N., und Stuart A. Scheingold, Hrsg., (1971), *Regional Integration. Theory and Research*, Cambridge, MA: Harvard University Press.

Marks, Gary (1992), Structural Policy in the European Community, in: A. M. Sbragia, Hrsg., *Europolitics. Institutions and Policymaking in the «New» European Community*, Washington: Brookings, 191–224.

Marks, Gary (1996), Politikmuster und Einflusslogik in der Strukturpolitik, in: M. Jachtenfuchs und B. Kohler-Koch, Hrsg., *Europäische Integration*, Opladen: Leske & Budrich, 313–343.

Mols, Manfred (1996), *Integration und Kooperation in zwei Kontinenten. Das Streben nach Einheit in Lateinamerika und in Südostasien*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Moravcsik, Andrew (1991), Negotiating the Single European Act: National Interests and Conventional Statecraft in the European Community, *International Organization, 45/1,* 19–56.

Moravcsik, Andrew (1993), Preferences and Power in the European Community. A Liberal Intergovernmentalist Approach, *Journal of Common Market Studies, 31/4,* 473–524.

Moravcsik, Andrew (1998), *The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca, NY: Cornell University Press.

Moravcsik, Andrew (1999), A New Statecraft? Supranational Entrepreneurs and International Cooperation, *International Organization, 53/2,* 267–306.

Nollert, Michael (1997), Verbändelobbying in der Europäischen Union - Europäische Dachverbände im Vergleich, in: U. von Alemann und B. Wessels, Hrsg., *Verbände in vergleichender Perspektive: Beiträge zu einem vernachlässigten Feld*, Berlin: Edition Sigma, 107–136.

Nollert, Michael (2000a), Biotechnology in the European Union: A Case Study in Political Entrepreneurship, in: V. Bornschier, Hrsg., *State-building in Europe. The Revitalization of European Integration*, Cambridge: Cambridge University Press, 210–234.

Nollert, Michael (2000b), *Lobbying for a Europe of Big Business: The European Roundtable of Industrialists*, in: V. Bornschier, Hrsg., *State-building in Europe. The Revitalization of European Integration*, Cambridge: Cambridge University Press, 187–209.

Nye, Joseph S. (1971), Comparing Common Markets: A Revised Neo-Functionalist Model, in: Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold, Hrsg., *Regional Integration. Theory and Research*, Cambridge MA: Harvard University Press, 307–334.

Parker, Simon (2000), Esprit and Technology Corporatism in European Technology Policy, in: V. Bornschier, Hrsg., *State-building in Europe. The Revitalization of European Integration*, Cambridge: Cambridge University Press, 93–121.

Pierson, Paul, und Stephan Leibfried (1995), The Dynamics of Social Policy Integration, in: S. Leibfried und P. Pierson, Hrsg., *European Social Policy: Between Fragmentation and Integration*, Washington DC: Brookings, 432–465.

Rieger, Elmar (1994), Herrschaft kraft Interessenkonstellation: Agrarverbände in der Europäischen Gemeinschaft und in der Bundesrepublik Deutschland, in: V. Eichener und H. Voelzkow, Hrsg., *Europäische Integration und verbandliche Regulierung*, Marburg: Metropolis, 303–319.

Rieger, Elmar (1996), The Common Agricultural Policy, in: H. Wallace und W. Wallace, Hrsg., *Policymaking in the European Union*, Oxford: Oxford University Press, 97–123.

Rometsch, Dietrich (1994), Das Europäische Parlament in der wissenschaftlichen Literatur, *Integration*, 1, 34–39.

Ross, George (1995), *Jacques Delors and European Integration*, Cambridge: Polity Press.

Sandholtz, Wayne (1992), *High-Tech Europe. The Politics of International Cooperation*, Berkeley: University of California Press.

Sandholtz, Wayne (1993), Choosing union: monetary politics and Maastricht, *International Organization*, 47/1, 1–39.

Sandholtz, Wayne, und John Zysman (1989), 1992: Recasting the European Bargain, *World Politics*, XLII/1, 95–128.

Sandholtz, Wayne, und Alec Stone Sweet (Hrsg., 1998), *European Integration and Supranational Governance*, Oxford: Oxford University Press.

Schäfers, Bernhard (1991), Einführung zum Plenum: Westeuropäische Integration oder Desintegration?, in: W. Zapf, Hrsg., *Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages 1990*, Frankfurt a. M. / New York: Campus, 303–308.

Schäfers, Bernhard (1999), *Komparative und nicht-komparative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der Sozialstrukturen*, Discussion Paper FS III, 99–407, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Scharpf, Fritz (1994), Autonomieschonend und gemeinschaftsverträglich: Zur Logik der europäischen Mehrebenenpolitik, in: *Europa und die Schweiz*. Referate der Vortragsreihe an der Universität Bern 1994, Organisation: Institut für Politikwissenschaft, Bern, 15–43.

Scharpf, Fritz (1996), Politische Optionen im vollendeten Binnenmarkt, in: M. Jachtenfuchs und B. Kohler-Koch, Hrsg., *Europäische Integration*, Opladen: Leske & Budrich, 109–140.

Scharpf, Fritz (2000), *Notes Toward a Theory of Multilevel Governance in Europe*, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) Discussion Paper Nr. 5.

Schmidt, Susanne K. (1998), *Liberalisierung in Europa. Die Rolle der Europäischen Kommission*, Frankfurt a. M. / New York: Campus.

Schmitter, Philippe C. (1969), Three Neo-Functional Hypotheses about International Integration, *International Organization*, 23/1, 161–166.

Schmitter, Philippe C. (1971), A Revised Theory of Regional Integration, in: Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold, Hrsg., *Regional Integration. Theory and Research*, Cambridge MA: Harvard University Press, 232–64.

Schmitter, Philippe C. (1991), Possible Political Configurations of the European Community After 1992, in: A. Clesse und R. Vernon, Hrsg., *The European Community after 1992: A New Role in World Politics?*, Baden-Baden: Nomos, 112–124.

Schmitter, Philippe C. (1996), Examining the Present Euro-Polity with the Help of Past Theories, in: G. Marks, F. W. Scharpf, P. C. Schmitter und W. Streeck, Hrsg., *Governance in the European Union*, London: Sage, 1–14.

Schulte, Bernd (1993), Die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik, in: H. A. Winkler und H. Kaelble, Hrsg., *Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität*, Stuttgart: Klett-Cotta, 261–287.

Statz, Albert, und Klaus-Peter Weiner (1995), *Grundprobleme der westeuropäischen Integration*, Arbeitspapier des Instituts für Internationale Politik Nr. 28, Berlin.

Stone Sweet, Alec, und James A. Caporaso (1998), From Free Trade to Supranational Polity: The European Court and Integration, in: W. Sandholtz und A. Stone Sweet, Hrsg., *European Integration and Supranational Governance*, Oxford: Oxford University Press, 92–133.

Streeck, Wolfgang, Hrsg., (1998), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt a. M. / New York: Campus.

Streeck, Wolfgang, und Philippe C. Schmitter (1991), From National Corporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market, *Politics & Society*, 19/1, 133–164.

Swann, Dennis (1996), *European Economic Integration. The Common Market, European Union, and beyond,* Cheltenham: Elgar.

Therborn, Göran (1999), «Europe» as Issues of Sociology, in: Th. P. Boje, B. van Steenbergen und S. Walby, Hrsg., *European Societies: Fusion or Fission?,* London: Routledge, 19–29.

Tömmel, Ingeborg (1994), *Staatliche Regulierung und europäische Integration: Die Regionalpolitik der EG und ihre Implementation*, Baden-Baden: Nomos.

Védrine, Hubert (1996), *Les mondes de François Mitterrand. À l'Élysée 1981–1995*, Paris: Fayard.

Wallace, Helen (1996), The Institutions of the EU: Experience and Experiments, in: H. Wallace und W. Wallace, Hrsg., *Policymaking in the European Union*, Oxford: Oxford University Press, 37–68.

Wechsler, Benedikt (1995), *Der Europäische Gerichtshof in der EG-Verfassungswerdung*, Baden-Baden: Nomos.

Ziltener, Patrick (1999), *Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Ziltener, Patrick (2000a), Tying up the Luxembourg Package - Prerequisites and Problems of its Constitution, in: V. Bornschier, Hrsg., *State-building in Europe. The Revitalization of Western European Integration,* Cambridge: Cambridge University Press, 38–72.

Ziltener, Patrick (2000b), EC Regional Policy: Monetary Lubricant for Economic Integration?, in: V. Bornschier, Hrsg., *State-building in Europe. The Revitalization of Western European Integration,* Cambridge: Cambridge University Press, 122–151.

Ziltener, Patrick (2000c), EC Social Policy: The Defeat of the Delorist Project, in: V. Bornschier, Hrsg., *State-building in Europe. The Revitalization of Western European Integration,* Cambridge: Cambridge University Press, 152–186.

Ziltener, Patrick (2000d), Regionale Integration im Weltsystem - Die Relevanz exogener Faktoren für den europäischen Integrationsprozess, in: M. Bach, Hrsg., *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 155–177.

Ziltener, Patrick (2001), *Wirtschaftliche Effekte der europäischen Integration. Theoriebildung und empirische Forschung*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, (MPIfG) Working Paper Nr. 107, Köln: MPIfG

Zimmerling, Ruth (1991), *Externe Einflüsse auf die Integration von Staaten*, Freiburg / München: Alber.

# WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

**41**

## Nationalismus, Rassismus, Krieg

US-Hegemonie und Terrorismus; Nation und Gewalt; Kollektive und Nationale Identität; Ziviler Internationalismus statt NATO; Arbeitswelt, Standortnationalismus, Rechtsextremismus, Anti-Rassismus; Europa und Föderalismus, Einwanderung und Integration

A. Roy, F. Schandl, R. Kühnl, H.U. Jost, J. Lang, Ch. Butterwegge, F. Huisken, H. Stutz, Y. Kramer, K. Dörre, V. Alleva, Ch.P. Scherrer, H. Kleger, G. D'Amato

### Diskussion

G. Trepp : Geldwäscherei und Terrorgelder
W. Eberle / H. Schäppi: Linke und Neue Mitte
S. Lettow : Neoliberaler Anti-Egalitarismus

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

208 Seiten
Fr. 25.–

im Buchhandel

oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach,
8026 Zürich.
Tel./Fax 01 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch